

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/101

Bad Godesberg, den 1. Juni 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>"Totaler Krieg"</u> Kein Schutz gegen den Gastod in Israel ?	48
2 - 2b	<u>"Wirklich nicht kleinzukriegen ? (I)"</u> Das Unausgegrenzte im Rechtsradikalismus Von Dr. Karlheinz Drenhaus	139
3 - 4	<u>Frankreichs Linke im Nahost-Konflikt</u> Verwirrte Fronten - Freunde werden zu Feinden Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	50
4	<u>Eine große geschichtliche Tat</u> Vor 20 Jahren wurde der Marshall-Plan geboren	39
5 - 6	<u>Spaniens Himmel...</u> Vor dreißig Jahren starb Guernica Von Walter Ramm	78

"Totaler Krieg"

Kein Schutz gegen den Gascod in Israel ?

sp - Als der Ägyptische Staatspräsident Nasser vor kurzem verkündete, er werde den totalen Krieg gegen Israel führen, hat man in den Auswärtigen Ämtern zahlreicher mit Israel befreundeter Staaten gleichzeitig zu hören bekommen, daß bei einem eventuellen Angriff auf Israel unter anderem auch Gas eingesetzt werden sollte. Es gibt Beweise dafür, daß Nasser dieses Kampfmittel bereits im Jemen ausprobiert hat.

Daher war es selbstverständlich, daß sich die israelische Regierung bei Zuspitzung der Krise im Nahen Osten darum bemühte, durch die Einfuhr von Gasmasken gewisse Vorkehrungen gegen die Vergasung der israelischen Bevölkerung zu treffen. Unter anderem wurde auch in der Bundesrepublik von israelischer Seite diese Frage aufgeworfen.

Israel hat etwa 2,5 Millionen Einwohner. Bei der geographischen Lage des Landes würde in einem von Nasser angekündigten totalen Krieg mit Anwendung modernster und grausamster Kampfmittel selbstverständlich nicht nur die kämpfende Truppe, sondern auch die Zivilbevölkerung, also Kinder, Frauen, alte Menschen, betroffen werden. Unter diesen Umständen gab es an der Spitze der Bundesregierung, beim Bundeskanzler und seinem Stellvertreter, dem Vizekanzler und Außenminister, überhaupt kein Zögern. Völlig unabhängig von der militärpolitischen oder gar strategischen Seite dieser Angelegenheit wurde aus rein humanitären Gründen die prinzipielle Zustimmung zur Lieferung von Gasmasken an die israelische Regierung erteilt. Verteidigungsminister Dr. Gerhard Schröder und sein Staatssekretär Carstens denken darüber offensichtlich anders. Beide Herren fanden formale Einwände und forderten einen Kabinettsbeschluß, weil die Bundesrepublik sich gegenüber ihren NATO-Partnern verpflichtet habe, kein Kriegsmaterial in Krisenherde zu liefern.

Der Bundesverteidigungsminister und sein Staatssekretär scheinen noch nie etwas davon gehört zu haben, daß man mit einer Gasmaske keinen Menschen töten kann. Gasmasken sollen ein mit Gas angegriffenes Volk vor dem grausamen Erstickungstod schützen. Die Lieferung von Schutzmitteln gegen die Vernichtung durch Gas im Falle eines Krieges ist genauso eine humanitäre Tat wie etwa die Entsendung eines Hospitalschiffes in ein Krisengebiet.

In Ostberlin und vielleicht auch woanders wird man die Lieferung deutscher Gasmasken an Israel bestimmt als "Beweis für die revanchistisch-militärische Intervention der faschistischen Bundesrepublik gegen das sozialistische Ägypten" werten. Natürlich wird man auch in Kairo Ähnliches sagen. Wenn dies der Grund für das Verhalten des Bundesverteidigungsministers und seines Staatssekretärs sein sollte, dann wäre den Herren zu empfehlen, sich mit den Propagandamethoden Ostberlins vertraut zu machen, anstatt nach formalen Gründen für die Ablehnung der Bitte nach Lieferung von Schutzmitteln gegen Gas zu suchen. Wenn wir Deutschen den Israelis in einer so dramatischen Situation behilflich sind, sich auf die Rettung von Kindern und Frauen vorzubereiten, dann erfüllen wir damit eine humanitäre Verpflichtung, die in keiner Weise den von der Bundesregierung öffentlich deklarierten Neutralitätsstandpunkt im Nahost-Konflikt berührt.

Wirklich nicht kleinzukriegen ? (I)

Das Unausgegrenzte im Rechtsradikalismus

Von Dr. Karlheinz Drenhaus

Mit 21 Jahren wird in unserer Ordnung jeder großjährig und mündig und damit voll verantwortlich für sein Denken, Tun und Unterlassen.

Im politischen Bereich scheint dieser Grundsatz keine Geltung zu haben. Eine rechtsradikale Minderheit, die Nachfolger der Nationalsozialistischen Partei zu nennen immerhin unsere Gerichte erlauben, bemüht sich seit 21 Jahren um die Rehabilitierung einer Politik und Weltanschauung, die unser Volk in eine Situation geführt haben, die vor Beginn der Geschichte der zivilisierten Menschheit einmal bestanden haben mag.

Die von den Vorvätern der neuen Rechten hinterlassene Bilanz des Grauens ist mehr als gigantisch: ca. 55 Millionen Tote, 35 Millionen Verwundete und 3 Millionen Vermißte, von der Zerstörung aller moralischen Maßstäbe in Innen- und Außenpolitik ganz zu schweigen. Ein Verbot des Bundesverfassungsgerichtes beim ersten Anlauf (SKP) sowie ein andauernder Prozeß parteiinterner persönlicher Streitigkeiten versagte der extremen Rechten den erhofften Erfolg. Nach einer relativ kurzen Zeitspanne scheinbarer Geschlossenheit haben wir es zwischenzeitlich bereits wieder mit drei rechtsradikalen Parteien zu tun: mit der KPD, der DSP und der NVP.

- * Das allerdings sollte kein Grund sein, darüber beruhigt zu Bett zu gehen und die immer noch überfällige grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus zu vergessen.

Immerhin hatte für kurze Zeit die NFD für ihre eigene politische Unabhängigkeit einen Achtungserfolg errungen, dem deutschen Ansehen in der Weltöffentlichkeit aber schwer geschadet. Immerhin kandidiert diese Partei in allen 95 Wahlkreisen bei der bevorstehenden Niedersachsenwahl. Daß ihre zerstrittenen Geschwister, DSP und NVP, bei dieser Landtagswahl nicht in Erscheinung treten, hat seinen Grund lediglich im Fehlen der zeitlichen Voraussetzung für eine Beteiligung.

Politische Wirrköpfigkeit und Staatsverdrossenheit vieler Mitbürger werden auch in Zukunft wahrscheinlich Wasser auf die Mühlen der Neofaschisten gießen. Und in Zweifelsfällen ist für alle rechtsextremistische Organisationen - gleichgültig welchen Namens - das 1966 erschienene Politische Lexikon*) als Bibel des Rechtsradikalismus verfügbar. Die Sachworte reichen von Ägypten über Ceylon, Gibraltar bis Südtirol. Alphabetisch eingestreut finden sich die politisch relevanten Begriffe. Eine geschickte biederemännliche Tarnung!

Jedem Stichwort folgt eine knappe Umschreibung, dieser ein ebenfalls kurz gehaltener erläuternder Text und schließlich Literaturhin-

*) Politisches Lexikon, Herausgeber: Verlag K.W. Schütz, Göttingen-Hannover 1966. Fikenter Zusammenhang: Außer dem auf dem offenen Markt vertriebenen politischen Lexikon gibt es noch nur für eingeschriebene NFD-Mitglieder erhältliche Zusatzlieferungen.

weise die ebenso global wie verfälschend, auf wissenschaftliche Veröffentlichungen hinweisen. Aber auch pseudowissenschaftlicher Literatur (Taylor und Hoggan bei jeder sich bietenden Gelegenheit) oder völlig obskuren Machwerken öffnet das sich streng wissenschaftlich gebende Lexikon bereitwillig seine Spalten.

Der Teufel steckt - wie immer - "im Detail". Dieses vorweg genommene harte Urteil läßt sich unschwer beweisen:

- o Durch wörtliche Wiedergabe aus dem Lexikon;
- o durch die Gegenüberstellung mit gesicherten Ergebnissen der Zeitgeschichte oder durch Hinweis auf dokumentarisch belegte Äußerungen des NS-Regimes, das für den nicht gänzlich Blinden als geistige Urmutter des Lexikons der Rechtsradikalen sichtbar durchschimmert.

Volkssouveränität

- o Von der Volkssouveränität, die - wie die Demokratie überhaupt - prinzipiell Urteilsfähigkeit und Verantwortlichkeit des gesamten Volkes unterstellt, scheint das Lexikon keine sehr hohe Meinung zu haben.

Unter dem Stichwort "Mehrheitsprinzip" findet sich folgende Definition: "Das... Mehrheitsprinzip geht von der Voraussetzung aus, daß die Mehrheit der Stimmberechtigten Recht hat bzw. die richtige Entscheidung trifft und daß den Entscheidungen der Mehrheit in jedem Falle stattzugeben ist. Diese Voraussetzung ihrerseits beruht wieder auf der Annahme, daß die Menschen gleich sind nicht nur vor dem Gesetz und vor Gott, sondern auch gleich in ihrer Einsicht und Urteilsfähigkeit..."

Auch im Falle der qualifizierten Mehrheit liegt die Vorstellung zugrunde, daß man der richtigen Entscheidung um so näher komme, je größer die erzielte Mehrheit sei, also wiederum der Glaube an die Urteilsfähigkeit der Masse!

- o Hier enthält sich der zutiefst undemokratische Standpunkt der Verfasser des Lexikons, den sie mit dem verbliebenen Führer der NSDAP teilen.

Keiner hat so lieblos wie dieser von der infantilen Natur der Masse gesprochen und einer kaum überbietbaren Volksverachtung Ausdruck gegeben.

Und was soll in diesem Zusammenhang die von der MPD immer wieder erhobene Forderung nach Einführung des Volksentscheids und des Volksbegehrens in der Grundfrage zur Sicherung der Volkssouveränität? Die Rechtsradikalen huldigen der Volkssouveränität und kultivieren die Volksverachtung.

Antisemitismus

- o Nach dem Lexikon beruhte der nationalsozialistische Antisemitismus auf dem Verdacht, "daß das russische Judentum sowie jüdische Bankhäuser in Amerika bei der Entstehung des Bolschewismus eine entscheidende Rolle gespielt hätten. Verstärkt wurde er während des Krieges durch die formale Kriegserklärung Chaim Weizmanns an Deutschland, durch die deutsch-feindliche, antigermanistische Propaganda in der nordamerikanischen Publizistik, insbesondere

o "jüdischer Organe..."

o Schlimmer geht es nun wirklich nicht. Ein offenbar unsinniger Verdacht als Entschuldigung für die kaltblütige und industriell-fabrikmäßig angelegte Tötung von sechs Millionen Menschen!

Von dem seit seinen Anfängen starr durchgehaltenen infantilen und monomanischen Antisemitismus Hitlers scheint das Lexikon auch nicht die blasseste Ahnung zu haben.

Ermächtigungsgesetz

o An Tollheit nicht zu überbieten ist die Argumentation des Lexikons gegenüber dem Ermächtigungsgesetz: "Die SPD hätte durch Nichtbeteiligung an der Sitzung (Nichterreichen der Anwesenheitsziffer) die Annahme verhindern können".

o Nur der völlig um die Zustände nach der "Machtergreifung" Unwissende könnte an eine solche Behauptung auch nur einen Gedanken verschwenden. Willkürliche Verhaftungen, eine Unzahl improvisierter Konzentrationslager - und das sind die nüchternen Fakten - kennzeichneten fraglos die damalige Situation vor der in Frage kommenden Reichstagssitzung. Der Glaube, daß die freiwilligen Vermehrung der Insassen solcher Lager eine politische Alternative geboten hätte, ist mehr als absurd und für die mannhaftige Empörung gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz ein nachträglicher Fußtritt.

Von der Tatsache, daß die Sozialdemokraten ihre Haltung mit Zuchthaus und KZ zu zahlen hatten, schweigt das Lexikon.

Dolchstoßlegende

o Das Lexikon: "Unabhängig von jeweiligen propagandistischen Absichten besteht die Tatsache, daß Deutschland beide Weltkriege nicht allein aus militärischen Gründen verlor, sondern auch aufgrund innerpolitischer Gegensätze".

o Was mögen sich Hindenburg und Ludendorff im September 1918 gedacht haben, als sie von der politischen Führung aus militärischen Gründen ein sofortiges Waffenstillstandsangebot verlangten? Und welche innerpolitischen Gegensätze vermochten 1945 nach Liquidierung der gesamten Opposition nach dem 20. Juli '44 den militärischen Endsieg zu verhindern?

"Im Felde unbesiegt", das Feldgeschrei der Rechtsextremen nach beiden Weltkriegen scheint unausrottbar.

Man sieht: Die "Wissenschaftlichkeit", auf die das Lexikon sich so sehr beruft, hat ihre eigenen Tücken. Sie läßt sich nicht beliebig manipulieren. Aber die Frage des Rechtsradikalismus und die seiner Überwindung stellt sich ja nicht nur der Wissenschaft sondern vor allem der Politik.

Aus diesem Grunde werden die bevorstehenden Niedersachsenwahlen auch einen Hinweis auf die Mündigkeit unseres Volkes und unserer Gesellschaft erlauben.

Fortsetzung folgt

Frankreichs Linke im Nahost-Konflikt

Verwirrte Fronten - Freunde werden zu Feinden

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Französische Linksintellektuelle mit Jean-Paul Sartre an der Spitze sind seit Jahren Vorreiter für arabische Länder und gegen den amerikanischen "Imperialismus". Diesmal ist alles über den Haufen geworfen. Sartre war kürzlich in Israel und in Ägypten und ruft jetzt gemeinsam mit hundert anderen französischen Persönlichkeiten zur Verteidigung Israels gegen Nassers Kriegsdrohung. Zu gleicher Stunde nimmt die Kommunistische Partei Frankreichs in enger Anlehnung an die sowjetische Außenpolitik mit Vehemenz gegen Israel und für Ägypten Stellung.

"Sozialismus" und "Imperialismus"

Über die Begriffe "Sozialismus" und "Imperialismus" ist hier im Hinblick auf den Nahen Osten ein ernster Streit ausgebrochen. Demokratische Sozialisten aller Richtungen betrachten Israels Aufbauwerk als einzigartige sozialistische Errungenschaft und bezeichnen Nassers Politik als imperialistisch und aggressiv. Dieser Meinung sind auch viele Mitglieder der KPF. Laut offizieller KP-Linie ist aber der "Nasserismus" ein "sozialistischer" Staat östlicher Prägung, Israel hingegen ein "Instrument der USA". Mit Meinungsverschiedenheiten von solcher Gegensätzlichkeit werden Freunde über Nacht zu Feinden. Die Nahostkrise stürzt Frankreichs Linke in einen unvorhergesehenen Konflikt und stört Einheitsfrontbestrebungen der letzten Monate. Die demokratische Linksföderation bekundet ihre deutlichen Sympathien für Israel. Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Guy Mollet, Frankreichs Ministerpräsident während der Suezkrise 1956, erläuterte seinen Standpunkt mit Nachdruck im vielgelesenen EXPRESS. M o n d é s - F r a n c e richtete einen Appell an die Sowjetunion, nicht weiteres Öl ins Feuer zu gießen.

Annäherungsversuche...

Versuche einer Verständigung in europäischen Fragen sind damit schwer belastet. Frankreichs Austritt aus dem NATO-Militärbündnis und die Verständigung zwischen Paris und Moskau hatten eine teilweise Annäherung zwischen französischen Linksparteien in internationalen Fragen angebahnt. So ist man sich jedenfalls über die Verurteilung des Vietnamkrieges einig (in diesem Fall im Einklang mit General de Gaulle), aber auch in der Ablehnung der französischen Atomrüstung und in der Forderung nach Beteiligung Frankreichs an der Genfer Abrüstungskonferenz (in diesen Punkten im Widerspruch zum Elysée).

Auf europäischer Ebene hatten die französischen Kommunisten in letzter Zeit etwas Wasser in ihren Wein gegossen, indem sie die Mitwirkung und Mitbestimmung der Gewerkschaften an wirtschaftspolitischen Beratungen und Beschlüssen des Gemeinsamen Marktes forderten und sich damit faktisch mit der Existenz der EWG abfanden. Andererseits erklärte sich die demokratische Linksföderation für verstärkte Ost-West-Verständigung und in diesem Rahmen auch für eine Aner-

kennung der Oder-Weiß-Linie.

Ohne ihre grundsätzlichen Positionen aufzugeben, versuchten verschiedene französische Linksparteien in letzter Zeit, ihre außenpolitischen Differenzen stellenweise zu überbrücken, um auf innenpolitischer Ebene eine wirksamere Offensive gegen das gaullistische Regime zu starten. Nun verdunkeln die Gewitterwolken im östlichen Mittelmeer auch Frankreichs Horizont und führen hier zu unerwarteten innenpolitischen Verschiebungen.

+ + +

Eine große geschichtliche Tat

sp - Kaum eine Rede in der Nachkriegszeit hat so weitreichende Auswirkungen gezeitigt, wie jene, die der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg und spätere Außenminister George C. Marshall vor 20 Jahren vor Studenten und Professoren der berühmten Harvard-Universität hielt. Der nach ihm genannte Plan, zu dem die Rede den Anstoß gab, brachte die ökonomische Wiedergeburt des zerstörten Europas; er führte den freien Teil Deutschlands in die europäische Volkergemeinschaft ein und legte später den Grundstein für die europäische Zusammenarbeit.

Der Plan ging davon aus, im Kampf gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos jenen Ländern und Völkern zu helfen, die bereit waren, sich selbst zu helfen. Der damals noch monolithische Ostblock schlug das Angebot aus. Nicht zuletzt liegt hier die Ursache für das wirtschaftliche Gefälle zwischen West und Ost, dessen Überwindung ein Teil der Friedenssicherung die Aufgabe von heute und morgen ist. Im Gedanken der internationalen Kooperation lag eine zündende Kraft; sie sprengte den Rahmen der nationalen Volkswirtschaften und führte im Zuge der Entwicklung über die EWG zum ersten großen Wirtschaftsraum in Europa. Die Amerikaner waren klug beraten, als sie die Gewährung der Marshall-Plan-Hilfen davon abhängig machten, daß sich die betroffenen Länder auf ein gemeinsames europäisches Wiederaufbauprogramm einigen. Hier gingen jedoch nicht alle Erwartungen in Erfüllung. Die jetzt bestehenden Wirtschaftsgemeinschaften, EWG und EFTA, beschworen die Gefahr einer zweiten Spaltung Europas herauf. Doch Hoffnung bleibt. Mächtige Kräfte sind wirksam, diese Gefahren abzuwenden. Dazu gehört auch die Bereitschaft der EWG, ihre Tore für alle beitragswilligen Länder offenzuhalten. Der mit dem Marshall-Plan eingeleitete Prozeß der wirtschaftlichen Integration Europas ist noch lange nicht zu Ende.

Die nur zum Teil in Europa verwirklichten Ideen des Marshall-Planes, blieben nicht allein auf unseren Kontinent beschränkt. Sie haben auch in anderen Teilen der Welt, vor allem in Lateinamerika, Wurzeln geschlagen und neue Realitäten geschaffen. Die Tendenz zur Bildung großer Wirtschaftsgemeinschaften als den einzigen Weg, die Völker aus Hunger, Armut und Verzweiflung herauszuführen und ihnen Wohlstand zu schaffen, kennzeichnet die letzten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts.

George C. Marshall war ein großer Kriegsmann, doch noch größer und nachhaltiger wirkte er als ein Mann des Friedens. Ihm ist der Dank Europas für alle Zeiten gewiß.

+ + +

Spaniens Himmel...

Vor dreißig Jahren starb Guernica

Von Walter Ramm

Am 26. April 1937 spannte sich ein tiefblauer Himmel über der kleinen nordspanischen Stadt Guernica. Es war Markttag, die Bauern der Umgebung boten den Bewohnern der Stadt Waren an. Die Front des blutigen Bürgerkrieges, der seit Juli 1936 tobte, war ungefähr dreißig Kilometer von der Stadt entfernt. Die Nationalisten drückten auf die Stellungen der Verteidiger der demokratischen Republik. Der asturische Widerstand gegen die General-Rebellen sollte gebrochen werden.

Gegen sechzehn Uhr gab eine Kirchenglocke Fliegeralarm. Kurz danach erschienen deutsche Maschinen vom Typ Heinkel 111 und warfen Bomben. Das war nicht ungewöhnlich, die deutsche Luftwaffe, die unter der "Legion Condor" operierte, hatte schon eine Reihe anderer spanischer Städte beschossen oder bombardiert. Es hatte Verluste unter der Zivilbevölkerung gegeben.

Das Städtchen Guernica ist strategisch und industriell ein unbedeutender Ort und niemand ahnte die bevorstehende Katastrophe.

Nach den Heinkel-Maschinen überflogen Flugzeuge vom Typ Junkers 52 die Stadt und luden gleichfalls ihre tödlichen Lasten ab. Die Bevölkerung versuchte aus der Stadt zu flüchten, doch tief-fliegende Maschinen belegten die Straßen mit Maschinengewehrfeuer.

Nach den ersten Anflügen folgte Bomberwelle auf Bomberwelle. Der Angriff währte von 16 Uhr 30 bis 19 Uhr 45, somit über drei Stunden. Nach dem Bombardement lag die Stadt in Trümmern, über 1 650 Tote und fast 900 Verwundete waren die tragische Bilanz dieses ersten gnadenlosen Bombardements einer offenen Stadt.

Als die Welt erfuhr, welche Tragödie sich in Nordspanien zugetragen hatte, hagelte es Proteste. Der Schock war so groß, daß die Verantwortlichen, das Kommando der "Legion Condor" und das nationalistische Oberkommando, sich vor der Schandtats zu distanzieren suchten. Vergeblich! Es gab zu viele Augenzeugen, die gesehen hatten, welche Maschinen die Stadt anfliegen. Bombensplitter wiesen darüberhinaus aus, welcher Herkunft die Bomben waren.

Was dem Zeitgenossen damals als sinnloser Angriff erschien, war in Wirklichkeit strategischen Hirnen der Luftwaffenführung

in Berlin entsprungen. Für den Bombenkrieg mußten taktische und strategische Erfahrungen gesammelt werden. Guernica bot sich als Experimentierfeld an. Die Erfahrungen wurden verbessert und Jahre später brach die Bombenhölle über Rotterdam, Warschau, Belgrad und Coventry herein. Die Gegenseite hatte dem Bombenkrieg gleiche Aufmerksamkeit geschenkt. Die strategischen Kommandos der alliierten Luftwaffe schlugen hundertfach verstärkt auf uns zurück. Die Folgen dieses Bombenkrieges sind uns hinlänglich bekannt geworden. Es besteht kein Grund zu fröhlichen Erinnerungstreffen.

In Nordspanien nahm vor dreißig Jahren die Städtevernichtung ihren Anfang; damals wurden die taktischen und strategischen Werte der Theoretiker praktisch ausgeprobt.

Am 25. und 26. Juni treffen sich die Veteranen der "Legion Condor" in Bingen am schönen Rhein. Man darf gewiß sein, daß die Teilnehmer bei frohem Umtrunk, unter Vorweisung ihrer Verdienstmedaillen, sich der Einsätze in Spanien erinnern werden. Es sollte dabei nicht vergessen werden, daß bei einem Angriff 1 654 Tote und viele Verwundete, neben einer zerstörten Stadt, hinterlassen wurden. Aber das war es nicht allein. Die meuternden Generale saßen 1936 in Marokko fest und waren vom Mutterland abgeschnitten. Die Republik wäre mit der Revolte im Lande zweifellos fertig geworden, wenn nicht Hitler und Mussolini für den Transport der marokkanischen Truppen ins Mutterland gesorgt hätten. Und was ist aus dem Sieg der Generale geworden?

Vielleicht denken die Kameraden der "Legion Condor" in einer besinnlichen Minute darüber nach, daß der Franco-Faschismus fast dreißig Jahre Zeit hatte, die inneren Probleme des Landes zu ordnen. Friedhofsruhe ist kein geeignetes Ordnungsprinzip für die Lösung anstehender Probleme. In welcher Gärung sich das Land in Wirklichkeit befindet, das kann in Pressemeldungen aus Spanien nachgelesen werden. Streikende Arbeiter, erbitterte Kleinbauern, demonstrierende und unzufriedene Studenten. Selbst die stärkste Stützung Francos, der Klerus, bröckelt in seinen niederen Amtsstellen immer mehr ab. Der alternde Diktator hinterläßt ein Erbe, das sich in heilsamer Jrruhe verändern muß.

Wenn die Kameraden der "Legion Condor" zu der Einsicht kommen sollten, daß sich mit Bomben eine geschichtliche Entwicklung zwar verzögern, jedoch niemals aufhalten läßt, dann hätte die Zusammenkunft immerhin einen sichtbaren Nacherfolg gehabt.